

Entscheidung
des Beschwerdeausschusses 1
in der Beschwerdesache 1004/24/1-BA

Beschwerdeführer:

Beschwerdegegner:

Ergebnis: **Beschwerde begründet, Missbilligung, Ziffer 2**

Datum des Beschlusses: **18.03.2025**

A. Zusammenfassung des Sachverhalts

I. Eine überregionale Wochenzeitung veröffentlicht am 04.11.2024 den Online-Beitrag „Wirtschaftsverbände kritisieren Lindners Grundsatzpapier“, in welchem die Redaktion schreibt, vor dem FDP-Wirtschaftsgipfel hätten mehrere Verbände Kritik an den Vorschlägen Lindners [in dessen Grundsatzpapier] geäußert:

„Vor dem FDP-Wirtschaftsgipfel haben mehrere Verbände Kritik an den Vorschlägen von Parteichef Christian Lindner geäußert. Für ‚Symbolveranstaltungen‘ sei die Lage zu ernst, sagte Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Table Media. Müller ist einer von 23 Wirtschaftsvertretern, die an dem Treffen mit Lindner und Fraktionschef Christian Dürr teilnehmen.

Müller kritisierte fehlende Handlungsansätze in Lindners Grundsatzpapier zur Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik und forderte mehr Investitionen für die Infrastruktur. Angesichts des engen Zeitrahmens sind die Erwartungen an das Gespräch gering. ‚Bei einer angesetzten Länge von zwei Stunden mit 23 Verbänden bezweifle ich große Sprünge‘, sagte er vor dem Treffen, das für 13.00 Uhr angesetzt ist.

Forderung nach strukturellen Reformen

„Was wir angesichts der wirtschaftlichen Lage brauchen, ist geeintes und schnelles Regierungshandeln“, sagte Bernhard Rohleder, Hauptgeschäftsführer des Digitalverbands Bitkom. Der Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Deutschland, Alexander von Preen, forderte weniger Bürokratie, günstigeren Strom und faire Wettbewerbsbedingungen. Diese Punkte seien entscheidend. Es brauche strukturelle Reformen, „kein Herumdoktern in Details“.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) forderte die Bundesregierung angesichts der Konjunkturflaute zu raschen Entscheidungen für schnell wirksame Maßnahmen auf. Das sagte Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner der Nachrichtenagentur dpa. Zugleich seien tiefgreifende Strukturreformen notwendig, die jetzt eingeleitet werden müssten. „Es ist allerhöchste Zeit, das Ruder für die Industrie am Standort Deutschland herumzureißen.“ Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sei dafür verantwortlich, eine gemeinsame Linie der Bundesregierung für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu entwickeln.

Die Ampelkoalition streitet derzeit über den richtigen Kurs in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Verschärft hatte den Streit Lindners 18-seitiges Grundsatzpapier für einen Kurswechsel der deutschen Wirtschaftspolitik, das am Freitag publik geworden war. Darin fordert er eine „Wirtschaftswende mit einer teilweise grundlegenden Revision politischer Leitentscheidungen“ aus den vergangenen drei Jahren Ampelkoalition. Das Dokument enthält mehrere Vorschläge, die in der Ampelkoalition umstritten sind. [...]“

II. Der Beschwerdeführer macht eine Verletzung der Wahrhaftigkeit nach Ziffer 1 des Pressekodex gelten.

Es handelt sich seiner Ansicht nach um eine irreführende bzw. falsche Behauptung bzw. Darstellung, um eine unehrliche Berichterstattung. Es werde suggeriert, dass die Wirtschaft mit den Vorschlägen und der Veranstaltung des Finanzministers nicht zufrieden sei. Dies sei unwahr und gehe aus den gesammelten Zitaten nicht hervor. Es handele sich um eine suggestive Konstruktion vermutlich aus Antipathie der Autoren / der Redaktion, mutmaßt der Beschwerdeführer. Sei das noch ehrlicher Journalismus?

Er macht auch eine Verletzung von Richtlinie 1.2 (Wahlkampfberichterstattung) geltend. Er führt insoweit folgende Zitate an: „Für ‚Symbolveranstaltungen‘ sei die Lage zu ernst, sagte Tim-Oliver Müller“. Damit spreche er wohl nicht die „Symbolveranstaltung von Lindner“ an, sondern bezeuge, dass die Veranstaltung von Lindner zur Wirtschaftswende nicht nur als Symbol gesehen werden dürfe. Im Text werde es so dargestellt, als ob Müller sich über die Symbolveranstaltung verächtlich mache.

„Müller kritisierte fehlende Handlungsansätze in Lindners Grundsatzpapier zur Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik und forderte mehr Investitionen für die Infrastruktur.“: Also kritisiere er nicht Lindner, sondern das Fehlen von weiteren Infrastrukturmaßnahmen (alles andere wäre auch komisch als Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie).

Es gehe aus den Zitaten im Text keinerlei Kritik an Lindner, seinen Vorschlägen oder der Veranstaltung hervor. Trotzdem werde dies in der Unterüberschrift suggeriert.

„Was wir angesichts der wirtschaftlichen Lage brauchen, ist geeintes und schnelles Regierungshandeln“, sagte Bernhard Rohleder, Hauptgeschäftsführer des Digitalverbands Bitkom.“: So stehe es auch bei Lindner, es handele sich um keine Kritik.

„Alexander von Preen, forderte weniger Bürokratie, günstigeren Strom und faire Wettbewerbsbedingungen. [...] Es brauche strukturelle Reformen, ‚kein Herumdoktern in Details‘.“: Dies fordere auch Lindner.

„[...] raschen Entscheidungen für schnell wirksame Maßnahmen auf. Das sagte Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner der Nachrichtenagentur dpa. Zugleich seien tiefgreifende Strukturreformen notwendig, die jetzt eingeleitet werden müssten. ‚Es ist allerhöchste Zeit, das Ruder für die Industrie am Standort Deutschland herumzureißen.‘“ D'accord.

Ein falsches Spiel mit Zitaten – so der Beschwerdeführer.

III. Anmerkung: In der Vorprüfung wurde die Beschwerde erweitert um einen möglichen Verstoß gegen Ziffer 2 des Pressekodex zugelassen.

IV. Für die Beschwerdegegnerin nimmt eine beauftragte Rechtsanwaltskanzlei Stellung.

Bei dem beschwerdegegenständlichen Beitrag handele es sich um eine Nachrichtenagentur-Meldung. Die Beschwerdegegnerin habe den Text von dieser übernommen und ihn lediglich gekürzt veröffentlicht. Eigene Recherchen zu diesem Text habe die Redaktion nicht unternommen. Bei Inhalt und Formulierungen, die hier jetzt Gegenstand der Kritik seien, habe sich die Beschwerdegegnerin vollständig auf die Agenturmeldung verlassen.

Man gehe deshalb davon aus, dass sich die Presseratsbeschwerde damit gegen die Agentur richte und die Beschwerdegegnerin inhaltlich dazu nicht weiter Stellung nehmen müsse. Anderenfalls werde um einen entsprechenden Hinweis gebeten. Dann werde die Beschwerdegegnerin auch noch einmal die Möglichkeit zu geben sein, inhaltlich zu den Fragen Stellung zu nehmen.

Auf Bitte um Vorlage der Nachrichtenagenturmeldung teilt die Kanzlei ergänzend mit, der Anfang der hier mit der Beschwerde angegriffenen Veröffentlichung sei fast wörtlich die Meldung einer Nachrichtenagentur. Der dritte Absatz beruhe auf dem [in seiner Stellungnahme markierten] Absatz aus der Meldung einer anderen Presseagentur.

Beide Agenturmeldungen hat er vorgelegt.

Die erste Meldung lautet:

„Linders Wirtschaftsvorschläge stoßen bei Verbänden auf Kritik

Berlin, 04. Nov. [Nachrichtenagentur] – Vor dem FDP-Wirtschaftsgipfel wächst die Ungeduld bei den Wirtschaftsverbänden. ‚Für Symbolveranstaltungen wäre die Lage zu ernst‘, sagte Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, dem Fachbriefing von Table Media. Müller gehört zu den 23 Wirtschaftsvertretern, die am Montag am wirtschaftspolitischen Spitzengespräch mit FDP-Chef Christian Lindner und Fraktionschef Christian Dürr teilnehmen. Er bemängelte fehlende Handlungsansätze in Lindners Papier und forderte mehr Investitionsmittel für die Infrastruktur. Müllers Erwartungen an das Gespräch sind angesichts des engen Zeitrahmens gering: ‚Bei einer angesetzten Länge von zwei Stunden mit 23 Verbänden bezweifle ich große Sprünge.‘

Die Wirtschaftsvertreter fordern vor allem die rasche Umsetzung geplanter Maßnahmen. ‚Was wir angesichts der wirtschaftlichen Lage brauchen, ist geeintes und schnelles Regierungshandeln‘, sagte Bernhard Rohleder, Hauptgeschäftsführer des Digitalverbands Bitkom. Auch Alexander von Preen, Hauptgeschäftsführer des

Deutscher Presserat Postfach 12 10 30 10599 Berlin

Fon: 030/367007-0 Fax: 030/367007-20 E-Mail: info@presserat.de www.presserat.de

Handelsverbands Deutschland, sieht dringenden Handlungsbedarf: Weniger Bürokratie, günstigeren Strom und faire Wettbewerbsbedingungen seien entscheidend. Es brauche strukturelle Reformen, ‚kein Herumdoktern in Details‘.“

Die zweite Meldung, ebenfalls vom 04.11.2024, lautet:

*„Ampel im Richtungsstreit: Was die Wirtschaft erwartet Von [Name], [Nachrichtenagentur]
Deutschland steckt in einer Konjunkturkrise. Die Wirtschaft fordert grundlegende Entscheidungen. Aber die Ampel ist zerstritten.*

Berlin [Nachrichtenagentur] – [...]

Wirtschaft will schnelle Entscheidungen

Die Erwartungen der Wirtschaft sind klar: Es muss sich etwas tun – und zwar schnell. ‚Die Wirtschaft braucht jetzt beides, rasche Entscheidungen für schnell wirksame Maßnahmen und zugleich tiefgreifende Strukturreformen, die jetzt eingeleitet werden müssen‘, sagte Tanja Gönner, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Deutschen Industrie. ‚Es ist allerhöchste Zeit, das Ruder für die Industrie am Standort Deutschland herumzureißen.‘ Scholz sei verantwortlich, eine gemeinsame Linie der Bundesregierung für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu entwickeln. [...]

B. Erwägungen des Beschwerdeausschusses

Der Beschwerdeausschuss bejaht eine Sorgfaltsverletzung nach Ziffer 2 des Pressekodex.

Der Titel und der erste Satz des Artikels, welche die beschwerdegegenständliche Aussage enthalten, mehrere (Wirtschafts-)Verbände kritisierten Linders Vorschlag, stammen – wie sich aus den vorgelegten Meldungen der Nachrichtenagenturen ergibt – von der Redaktion selbst. Insoweit kann sich die Beschwerdegegnerin nicht auf das sog. Agenturprivileg berufen.

Die Aussage, mehrere Verbände übten Kritik, ist – wie sich aus den zitierten Aussagen von Verbandsvertretern und -vertreterinnen ergibt – sachlich falsch, da nur ein Wirtschaftsverband (der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie) Kritik an Lindner bzw. seinem Vorschlag übt, so dass ein Sorgfaltsverstoß nach Ziffer 2 zu bejahen ist.

C. Ergebnis

Der Beschwerdeausschuss hält den Verstoß gegen die Ziffer 2 des Pressekodex für so schwerwiegend, dass er gemäß § 12 Beschwerdeordnung die Maßnahme der Missbilligung wählt. Nach § 15 Beschwerdeordnung besteht zwar keine Pflicht, Missbilligungen in den betroffenen Publikationsorganen abzudrucken. Als Ausdruck fairer Berichterstattung empfiehlt der Beschwerdeausschuss jedoch eine solche redaktionelle Entscheidung.

Die Entscheidungen über die Begründetheit der Beschwerde und die Wahl der Maßnahme ergehen jeweils einstimmig.

Ziffer 2 – Sorgfalt

Recherche ist unverzichtbares Instrument journalistischer Sorgfalt. Zur Veröffentlichung bestimmte Informationen in Wort, Bild und Grafik sind mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen und wahrheitsgetreu wiederzugeben. Ihr Sinn darf durch Bearbeitung, Überschrift oder Bildbeschriftung weder entstellt noch verfälscht werden. Unbestätigte Meldungen, Gerüchte und Vermutungen sind als solche erkennbar zu machen.

Symbolfotos müssen als solche kenntlich sein oder erkennbar gemacht werden.

Den Pressekodex und die Beschwerdeordnung finden Sie auf unserer Homepage unter <https://www.presserat.de/pressekodex.html> / <https://www.presserat.de/beschwerdeordnung.html>